

Leserforum

Sonderschulen Sie platzen aus allen Nähten, TA vom 25. Januar

Ziel ist die Stärkung der Regelschule. Die Regelschule ist belastet und sucht nach Ventilen, um einen Teil dieses Druckes vermindern zu können: Die schwierigsten und die schwächsten Schüler werden einer Sonderschule zugewiesen. Schon lange vor der Annahme des neuen Volksschulgesetzes ist der Bedarf an Sonderschulplätzen stetig angewachsen. Nun wird im Kanton Zürich von verschiedener Seite gefordert, die Sonderschülerquote von derzeit rund 2,4 Prozent (andere Kantone wie NW, VS oder GE liegen bei rund 1 Prozent) weiter zu erhöhen. Diese Lösung greift unserer Meinung nach zu kurz: Die Regelschule wird dadurch zwar kurzfristig und punktuell entlastet. Paradoxerweise wird sie aber nachhaltig geschwächt, weil Ressourcen weitab im Sonderschulbereich gebunden sind. Sonderschulen, die über ein behinderungsspezifisches Knowhow verfügen, wird es weiterhin brauchen. Ein Knackpunkt sind aber die Schülerinnen und Schüler mit Lern- und Verhaltensproblemen im Grenzbereich zwischen Regel- und Sonderschule. Wo und wie sollen diese gefördert werden? Das sonderpädagogische Konzept für den Kanton Zürich eröffnet den Regelschulen die Möglichkeit, sich selbst wirksam zu stärken: Ein Teil der Sonderschulgelder kann künftig in der eigenen Schule eingesetzt werden. Damit können Pensen erhöht oder Assistenzpersonen hinzugezogen werden. Dadurch wird der Ruf der Regelschule erhöht, dass sie zur Erfüllung ihrer anspruchsvollen Aufgabe die entsprechenden Mittel benötigt.

«Regelschule wird geschwächt, weil Ressourcen im Sonderschulbereich gebunden werden.»

Steff Aellig, Peter Lienhard
Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH)

Klaus Schwab «Das stärkt mein kämpferisches Element», TA vom 23. Januar

Der WEF-Gründer und die Erosion des Gemeinschaftsdenkens

Genauer hinschauen. Es erstaunt mich, dass Herr Schwab und offensichtlich viele Menschen der heutigen Zeit keine Antwort haben darauf, was der beobachteten Erosion des Gemeinschaftsdenkens entgegengehalten werden könnte. Hat nicht gerade unser Land bis ins vergangene Jahrhundert viel Gutes zustande gebracht, basierend auf den Grundfesten unserer christlichen Kultur? Hat nicht das tiefe Verankertsein unserer Vorfahren im christlichen Glauben uns davor bewahrt, grössenwahnsinnigen Schmarotzern auf den Leim zu gehen? Ich glaube, uns allen würde es wieder gut anstehen, über Nächstenliebe vor Eigenliebe (und die Gültigkeit der anderen Gebote Gottes) nachzudenken. Und da wahrscheinlich nicht zuerst die Grosskonzernchefs sich vom Saulus zum Paulus wandeln, liegt es an uns Konsumenten, genauer hinzuschauen, ob die Bank, die Versicherung und die Banane den Werten entspricht, die wir uns für unsere Gesellschaft und für die Zukunft unserer Kinder wünschen würden.

Ursula Ambühl, Oetwil a. d. L.

Schwabs indirekte Kritik. Im grossen Samstagsgespräch hält Klaus Schwab sein Fähnchen in den rauen Wind der Finanz- und Wirtschaftskrise: Neuerdings propagiert er die Beschränkung der Lohnschere zwischen Mindest- und Höchstlohn auf 1:20 - und ist damit nur leicht wirtschaftsfreundlicher als die Jusos, die zum gleichen Anliegen Unterschriften

«Ohne die unmoralischen Besserverdiener käme kaum noch einer ans WEF.»

für ihre 1:12-Initiative sammeln. Auf die Frage, warum dann ausgerechnet Joe Ackermann von der Deutschen Bank dieses Jahr den Vorsitz des WEF



Nachdenklichkeit in Zeiten der Krise: WEF-Gründer Klaus Schwab. Foto: Reuters

hat, meint Schwab wörtlich: «Es wäre anmassend, wenn wir den Moralapostel spielten und den einen einladen und den anderen nicht. Wenn Sie den Gedanken konsequent zu Ende denken, dann müsste man Davos mit einer ganz kleinen Gruppe durchführen.» Konsequent zu Ende gedacht heisst das also: Ohne die unmoralischen Bestverdiener käme kaum noch einer. Deutlicher als sein Gründer haben das auch die WEF-Gegner selten formuliert.

Daniel Arpagaus, Basel

Mangelndes Gemeinschaftsdenken. Klaus Schwab fragt, wie die «Erosion des Gemeinschaftsdenkens» gestoppt werden könne. Ist nicht eine der Antworten: Wir sollten die Beteiligung der Menschen in Betrieben in Richtung Genossenschaftsbildung fördern. Eine Zweite: Wir sind zu stark auf Wettbewerb zwischen Menschen, Gruppierungen, Nationen ausgerichtet. Wäre es nicht angebracht, mehr Kooperation in Ausbildung und Beruf zu kreieren? Eine weitere Antwort: Wir sind zu stark funktionsorientiert ausgerichtet. Folgt daraus nicht, dass die Solidarität abnimmt? So-

lidarität ist ein wesentlicher Teil des Gemeinwesens. Sind wir in Aus- und Weiterbildungen nicht zu stark auf den Abschluss fixiert, und hat die Erfahrungs- und Erkenntniszunahme nicht zu wenig Gewicht in der Beurteilung der Auszubildenden und Abgänger? Diese und weitere Fragen sind zu prüfen. Falls Klaus Schwab es ernst meint mit der Stärkung des Gemeinschaftsdenkens.

Clemens M. Breitschaft, Luzern

Zynische Aussage. Eine Million Schweizerfranken sind für WEF-Gründer Klaus Schwab offenbar nichts. Sonst könnte er nicht sagen: «Wenn Sie als Arzt, Künstler oder Manager Spitze sind, werden Sie gut bezahlt. Damit Sie ein tolles Leben leben können, ist eine Million angepasst. Diese Summe entspricht dem Zwanzigfachen eines schweizerischen Mindestlohns von 50 000 Franken. Vermögen können Sie mit der Million keines aufbauen.» Schwab vergisst, dass 10, 15 oder 20 solcher Arbeitsjahre doch ein hohes Vermögen geben. Deshalb finde ich seine Wortwahl absolut zynisch.

Daniel Ledermann, Madetswil

UBS-Krise Villiger fühlt sich unfair behandelt, TA vom 27. Januar

Begriffsstützig. Wenn sich UBS-VR-Präsident Villiger unfair behandelt fühlt, hat er nicht begriffen, dass die Vergangenheit so lange nicht aufgearbeitet ist, bis alle Topmanager, die dieses Schlamassel angerichtet haben, zur Rechenschaft gezogen worden sind. Es kann doch nicht sein, dass kleine Unternehmer oder Angestellte, die sich eines geringen Vergehens schuldig gemacht haben, persönliche finanzielle Konsequenzen tragen müssen, während

die schuldigen UBS-Verantwortlichen lediglich vorzeitig in Pension geschickt wurden und zuschauen können, wie Hunderttausende die Folgen der Wirtschaftskrise ausbaden müssen.

Hansjoerg Menzi, Unterengstringen

Wahlkampf Kandidat Mauro Tuena, TA vom 27. 1.

Wer hats erfunden? Sie schreiben: «Tuenas grösster politischer Erfolg ist die Einführung von Sozialdetektiven.» In aller Bescheidenheit darf darauf hingewiesen werden, dass ich, zusammen mit 17 Mitgliedern der FDP-Gemeinderatsfraktion, schon Jahre zuvor folgendes Postulat eingereicht habe: «Der Stadtrat wird ersucht, den Einsatz von persönlich und fachlich geeigneten, mit den notwendigen Kompetenzen ausgestatteten Ermittlern/Ermittlerinnen zur Abwehr möglicher Missbräuche bei der Geltendmachung von Sozial- und Fürsorgeleistungen zu prüfen.» Der Rat lehnte das Postulat am 28. Mai 1997 auf Antrag des Stadtrates mit 55 gegen 45 Stimmen ab.

Peter Marti, Zürich

Tages-Anzeiger

Herausgeberin
Tamedia AG (vorm. Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG) Werdrstrasse 21, 8004 Zürich.
Verleger: Pietro Supino

Redaktionsleitung
Chefredaktion: Markus Eisenhut (meh), Res Strehle (rs), (Co-Chefredaktoren), Daniela Decurtins (dan), Arthur Rutishauser (ar)

Nachrichtenchefs: Andreas Dietrich (adb), Dominique Eigenmann (de).
Ressortleiter: Schweiz: Iwan Städel (is), International: Luciano Ferrari (lf), Hintergrund/Reporter: Alain Zucker (az), Zürich: Edgar Schuler (ese), Regionalausgaben: Markus Rohr (rm), Kultur & Gesellschaft: Guido Kalberer (kal), Wirtschaft: Rita Flubacher (rf), Sport TA/SZ: Fredy Wettstein (fw), Gestaltung: Reto Althaus (ra)

Tagesanzeiger.ch Chefredaktion: Peter Wälty (pw), Michael Marti (mma), Stefan Eiselin (se)

Das Magazin Chefredaktion: Finn Canonica (fc), Martin Beglinger (beg., Stv.)

Produktionssteuerung: Peter Huwiler, Urs Christen (Stv.)

Telefon Redaktion: 044 248 44 11

Verlag
Verlagsleiter: Marcel Tappeiner, Leiter Werbemarkt: Sandro Rügger, Leiter Werbemarkt national: Andy Bürki, Leiter Rubriken: Werner Duttwiler

Geschäftsstellen: Hauptgeschäft Werdrstrasse 21, Filiale: Oerlikon, Edisonstrasse 5, Deutschschweiz: Tel. 044 248 41 11, Inserate: Tel. 044 248 40 30, E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch, Inserate online buchen: www.adbox.ch, Preise gem. Anzeigenpreisliste vom 01. 01. 2010

Abonnenten-Service: Werdrstr. 21, 8021 Zürich, Mo-Fr 07.30-12.15 und 13.15-17.00 Uhr; Tel. 044 404 64 64, Sa/So 08.00-12.00 Uhr; Tel. 0800 80 80 15 (gratis), Fax 044 404 69 04.

Umleitungen und Unterbrüche Fr. 7.- Bearbeitungsgebühr, kostenlos auf www.tagesanzeiger.ch/abo. Unterbrüche werden ab dem 1. Tag vergütet.

Fernausgabe: Tel. 044 404 64 44, Fax 044 404 69 05.

Abonnementspreise inkl. «Das Magazin», «züritipp» und «TVtäglich» für je 3/6/12 Monate: Fr. 119.-/215.-/374.- (inkl. MwSt.)

Technische Herstellung: Tamedia AG Druckzentrum, Zürich. Wir drucken auf Recycling-Papier.

Ombudsmann der Tamedia AG
Arthur Liener, Postfach, 3000 Bern 13

Bundesrat fordert Taten gegen Zersiedelung der Schweiz, TA vom 22. 1.

Strassenausbaupläne streichen. Der Bundesrat muss nicht erst bei den Kantonen Taten gegen die Zersiedelung fordern, sondern kann gleich selber damit beginnen. Der Nationalstrassenbau war lange der Motor der Zersiedelung in der Schweiz. Inzwischen scheint es eine Selbstverständlichkeit zu sein, «im Grünen» woh-

«Der Bau der Nationalstrassen war lange der Motor der Zersiedelung in der Schweiz.»

nen zu können und doch innert kürzester Zeit im Zentrum zu sein. Mit der Streichung sämtlicher Ausbaupläne bei den Hochleistungsstrassen würde dieser Fünfer-und-Wegli-Mentalität nicht nur ein wirksamer Riegel vorgeschoben, sondern es würden auch Milliardenbeträge eingespart. Nicht zuletzt würden damit auch die ständig steigenden CO₂-Emissionen bei der Mobilität begrenzt - als ein willkommenen Beitrag zur Klimapolitik.
Barbara Baumann, Zürich

Reklame

AL6670ztgA/A

Jetzt Sonderverkauf! auch **Fust-Center** im Eschenmoser

Akkusauger! nur **29.90** vorher **59.90** **1/2 Preis!**
• BLACK+DECKER NV 2400 • Aufladbar wie ein Handy Art. Nr. 500125

Hammerpreis! nur **59.90** vorher **119.90** **1/2 Preis!**
• FUST PRIMOTECQ KST Blue 635 • 1600 Watt Art. Nr. 105156

Beutellos! nur **79.90** vorher **159.90** **1/2 Preis!**
• FUST PRIMOTECQ CST 560 • 1600 Watt Art. Nr. 105180

***BON Der Parkettprofi!** mit Boni nur **149.90** statt **299.90** **1/2 Preis!**
• BOSCH BSA 2822 pro Parquet • Spezielle Hartbodendüse mit weichen Borsten Art. Nr. 137102

Roboterstaubsauger. nur **479.90** Aktionspreis!
• iRobot Roomba F 520 • Saugt selbständig ihre Wohnung in Ihrer Abwesenheit • Erkennt automatisch Treppen und Hindernisse Art. Nr. 315051

Beutellos! nur **499.90** Aktionspreis!
• + GRATIS Parkettdüse

dyson DCF 29 Flatout Parkett nur **499.90** Aktionspreis!
• 5 Jahre Garantie Art. Nr. 106142

Allmarken-Express-Reparatur egal wo gekauft! 0848 559 111 (Ortstarif) oder www.fust.ch

FUST - UND ES FUNKTIONIERT:
• 5-Tage-Tiefpreisgarantie* • Riesenauswahl aller Marken Bestellen Sie unter www.fust.ch
• 30-Tage-Umtauschrecht* • Occasionen / Vorführmodelle • Mieten statt kaufen *Details www.fust.ch

Zahlen wann Sie wollen: Gratis-karte im Fust.

Affoltern a.A., im Ex-Jelmoli, Obere Bahnhofstr. 14, 044 762 40 20 • **Bülach,** im Ex-Jelmoli, Marktgasse 1, 044 864 10 80 • **Bülach,** Migros-Center Bülach Süd, Feldstr. 85, 043 411 42 60 • **Dielsdorf,** 'CD' Einkaufszentrum Baholz, Niederhaslistr. 5, 044 854 70 10 • **Dietlikon,** Riedstr. 6, 044 745 90 10 • **Dietlikon,** im IKEA, Industriest. 044 805 50 90 • **Glatz Zentrum,** Obere Verkaufsebene, 044 839 50 80 • **Hinwil,** Multimedia Factory-Fust-Supercenter, im Jumbo, 044 938 38 68 • **Horgen,** Zugerstr. 30, 044 718 10 40 • **Meilen,** Shopping Center Rosengarten, Dorfstr. 124, 044 923 07 06 • **Plättikon,** Seedamm-Center, 055 415 66 50 • **Rapperswil-Jona,** Klau-Center, Kramenweg 15, 055 225 37 00 • **Regensdorf,** Fust Supercenter, im 'Rägi-Märt' (Ex Waro), 044 843 93 00 • **Regensdorf,** Shopping Center Regensdorf, 044 840 16 80 • **Spreitenbach,** Tivoli-Center, 056 418 14 40 • **Uster,** im Ex-Jelmoli, Poststr. 14, 044 905 29 00 • **Volketswil,** beim Volkland, Zentralplatz, in der Höhe 36, 044 908 39 60 • **Volketswil,** Im Top Tip (Ex Waro), Brunnenstr. 10, 044 908 31 41 • **Winterthur,** Obergasse 20, 052 269 22 60 • **Winterthur-Grize,** Rudolf-Dieselstr. 10, vis-à-vis Coop Grüzemarkt, 052 235 15 60 • **Winterthur-Töss,** Zürcherstr. 184, 052 269 22 70 • **Zürich,** Einkaufszentrum Sihlicy, 044 205 94 84 • **Zürich,** Seefeldstr. 8, 044 267 99 55 • **Zürich,** Hottingerstr. 52, 044 269 50 70 • **Zürich,** Letzipark, Baslerstrasse, 044 495 80 75 • **Zürich,** im Jelmoli, Bahnhofstrasse, 044 225 77 11 • **Zürich,** Badenerstr. 109, 044 295 60 70 • **Zürich,** Eschenmoser, Birmsendorferstr. 20, 044 296 66 63 • **Zürich-Oerlikon,** (Ex-Jelmoli/ABM) beim 'Sternen Oerlikon', 044 315 50 30 • **Schnellreparaturdienst und Sofort-Geräteersatz 0848 559 111 (Ortstarif) • Bestellmöglichkeiten per Fax 071 955 52 44 • Standorte unserer 160 Filialen: 0848 559 111 (Ortstarif) oder www.fust.ch**

Zürich



Marija Büchi-Glaeser Wenn ein Dieb sich ungeschickt verhalten hat, schmunzelt die Gerichtsdolmetscherin. 28

Sonderschulen platzen aus allen Nähten

Schulen müssen möglichst viele Kinder mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten in Regelklassen unterrichten. Das hat den paradoxen Effekt, dass mehr Kinder Plätze in Sonderschulen suchen.

Von Liliane Minor

Zürich - Über 1000 Anfragen zählten die Zürcher Schulheime und Sonderschulen zwischen dem 1. Oktober 2008 und dem 30. September 2009: Anfragen von Jugendbehörden und Schulen, aber zunehmend auch von verzweifelten Eltern, die einen Sonderschulplatz für ihre Kinder suchten. Nur 90 Kinder konnten sofort aufgenommen werden. Fast 200 Kinder standen im September 2009 auf den Wartelisten. Die Auslastung der Sonderschulen liegt heute bei bis zu 95 Prozent. «Früher suchten Eltern nach dem besten Platz - heute sind sie froh, wenn sie einen bekommen, auch wenn er für ihr Kind nicht optimal ist», sagt René Albertin, Leiter des Pestalozzihauses in Rätterschen und Präsident der Vereinigung der Leiterinnen und Leiter von Zürcher Schulheimen.

Für Albertin ist klar: Einer der Hauptgründe für diese Zunahme ist das neue Volksschulgesetz. Es schreibt den Gemeinden vor, dass möglichst viele Kinder mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten in Regelklassen integrativ geschult werden müssen (siehe Kasten). Die Sonder- und Kleinklassen von früher sind weitestgehend abgeschafft worden, auch wenn sie theoretisch noch erlaubt wären. Damit falle eine Reihe von Kindern zwischen Stuhl und Bank, die in Sonderklassen tragbar gewesen wären, in Regelklassen aber nicht, sagt Albertin: «Diese Kinder müssen nun in Sonderschulen.» Das bestätigt auch Lukas Bucher, Präsident der Zürcher Schulpsychologinnen und Schulpsychologen: «Es gibt heute eindeutig mehr Kinder, die Sonderschulplätze suchen.»

Die Notfälle nehmen zu

Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der Schulkinder mit Störungen und Behinderungen in den letzten zehn Jahren von rund 2700 auf rund 3700 gestiegen ist. Rund 500 davon werden integrativ gefördert, die übrigen besuchen Sonderschulen. Teilweise lasse sich dieser massive Anstieg mit den besseren Diagnosemöglichkeiten erklären, sagt Albertin. Aber nicht nur: «Es gibt tatsächlich mehr Störungen, und sie wirken sich in unserer Gesellschaft stärker aus. Kinder, die man früher einfach mitgeschleppt hätte, sind in der heutigen Schule kaum mehr tragbar.»

Die Zahl der Sonderschulplätze halte mit dieser Entwicklung nicht mit. «Wir dürfen keine zusätzlichen Plätze mehr anbieten, obwohl der Bedarf ausgewiesen wäre», klagt Albertin. «Der Kanton hat den Sonderschulbereich in den letzten drei Jahren links liegen lassen.» Die Folge sei, dass immer mehr Kinder in einen «wuchernden Graubereich» aus Timeouts, Einzelunterricht und Übergangslösungen landeten. Die Zahl der notfallmässigen Anfragen nehme zu, sagt der Heimleiter.

Albertins Beobachtung teilen Kinder- und Jugendpsychiater. In einer Petition an die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz halten sie fest: «Immer wieder müssen wir feststellen, dass die Kinder und Jugendlichen eine Zeitlang



René Albertin, Präsident der Zürcher Schulheime, mit seinen Zöglingen im Pestalozziheim in Rätterschen. Foto: Dominique Meienberg

viel Goodwill, Zuwendung und enge Begleitung erfahren - bis der Vorrat an psychischer und pädagogischer Energie der Lehrpersonen aufgebraucht ist. Nicht selten muss dann notfallmässig eine Lösung ausserhalb der Schule gefunden werden.»

Er wisse nicht von mehr Notfällen, sagt hingegen Schulpsychologin Bucher. «Aber es gibt deutlich mehr überforderte Schulklassen.» Vor allem bei Verhaltensstörungen könne die IF extrem schwierig werden. Das liege aber auch daran, dass die Lehrer zu wenig unterstützt würden. Oft seien die Vorabklärungen zu wenig genau: «Manche Lehrer werden durch die Zuteilungen völlig überrascht.» Und der Aufwand sei für alle Beteiligten enorm.

Mehr Mittel für die Integration

Das bestätigen betroffene Eltern - selbst solche, die voll und ganz hinter der Integrativen Förderung stehen. Für flexible Lösungen fehlten die Ressourcen, das System sei viel zu starr und zu personenabhängig, sagt eine Mutter: «Wenn die Zusammenarbeit mit Lehrern und Heilpädagogen nicht klappt, kommt man in Teufels Küche.» Auch eine andere Mutter kann davon ein Lied singen: Ihr Kind flog zweimal praktisch ohne Vorwarnung aus der Regelklasse.

Im Volksschulamt weiss man um die Schwierigkeiten. «Für Kinder, die so auf der Kippe sind zwischen Kleinklasse und Sonderschule, kann die Auflösung der Kleinklassen tatsächlich ein Problem werden», sagt Martin Wendel-

spiess, Chef des Zürcher Volksschulamts. Dennoch ist eine Aufstockung der Sonderschulplätze vorerst kein Thema für ihn. Vielmehr müsse die integrative Förderung ausgebaut und verbessert werden. Dass es einen Graubereich aus Timeouts und Einzelunterricht gebe, streitet er nicht ab: «Das ist eine Realität. Aber das wäre auch ohne integrative Förderung so, denn für diese Kinder gibt es nie eine einfache Lösung.»

Viel wichtiger ist es in den Augen von Wendelspiess, dass das System flexibler wird - auch in finanzieller Hinsicht. Wenn heute eine Gemeinde ein Kind in eine Sonderschule schickt, kostet sie das mehrere Zehntausend Franken pro Jahr. Dieses Geld darf die Gemeinde aber nicht zugunsten einer integrativen Lösung einsetzen. Besucht dasselbe Kind die Volksschule, muss seine Förderung aus dem normalen Schulbudget finanziert werden - mit dem Resultat, dass dieses Geld anderswo fehlt.

Das will das Volksschulamt ändern. Im neuen sonderpädagogischen Konzept des Kantons, das derzeit in der Vernehmlassung ist, ist genau dies vorgesehen. Allerdings ist zusätzlich eine Gesetzesänderung nötig, bis die Gemeinden wirklich die geforderte Flexibilität erhalten. Für Wendelspiess ist dies zentral: «Nur so können die Gemeinden für jedes einzelne Kind die optimale Lösung finden.» Bis das Gesetz in Kraft tritt, wird es aber voraussichtlich 2012 - sofern der Kantonsrat zustimmt. Und bis dann? «Wir können nur an die Gemeinden appellieren, ihr Bestes zu tun.»

Integrative Förderung

Von der Notlösung zum Standard

Zürich - Vor fünf Jahren trat das neue Volksschulgesetz in Kraft und damit der Grundsatz, dass möglichst alle Kinder mit Behinderungen oder Lernschwierigkeiten in normalen Klassen unterrichtet werden sollen, wenn nötig begleitet von Heilpädagoginnen oder Heilpädagogen. Was Gesetz ist, begann vor 25 Jahren als Notlösung. Damals gingen die Schülerzahlen zurück, und kleinere Schulgemeinden bekamen Schwierigkeiten, ihr Angebot an Sonderklassen aufrechtzuerhalten. Deshalb begann man, einzelne Kinder in Regelklassen zu fördern. 1985 bis 1990 starteten fünf Gemeinden einen Schulversuch mit integrativer Förderung (IF). 1990 stiessen weitere sechs dazu. Auftrieb erhielt die Integration durch eine Studie der Uni Freiburg, die zeigte, dass die Lernfortschritte von lernbehinderten Kindern bei IF grösser sind als in Sonderklassen.

Die Einführung der IF ist neben den Tagesstrukturen eine der wichtigsten Reformen im Volksschulgesetz. Die Umsetzung erfolgt gestaffelt; spätestens ab kommendem Schuljahr müssen alle Schulgemeinden auf IF umstellen. Allerdings können längst nicht alle Kinder integrativ gefördert werden; für sie stehen nach wie vor mehr als 3700 Plätze in Sonderschulen zur Verfügung. (leu)

Reklame AI4248ztgA/A

BONA DEA
WEEKEND SPECIAL
Vegetarisches Buffet à discrétion



samstags und sonntags
CHF 32.00 statt CHF 42.00

Restaurant Bona Dea
Tel. 044 217 15 15
www.bona-dea.ch

Privater mit neuer Idee für Fussballstadion

Peter Jauch hat die Projekte in Basel und Bern mitgeplant. Er möchte jetzt auch in Zürich ein Stadion bauen.

Zürich - In der Fifa und im Umfeld der Fifa soll es Personen geben, die den Sitz des Weltfussball-Verbandes gerne von Zürich in eine bedeutendere Metropole verlegen würden. Das behauptet zumindest Sepp Blatter in einem Interview mit der Zeitung «Sonntag», obwohl die Fifa erst 2007 ihren 240-Millionen-Franken-Neubau bezogen hat. Und Blatter sagt, dass er den Standort Zürich besser stützen könnte, wenn die Stadt endlich ein reines Fussballstadion erhalten würde.

Die Fifa hatte in Verhandlungen mit der Stadt zugesagt, bei einem Neubau für 10 Millionen Franken Aktien die Namensrechte zu erwerben (TA vom 19. 11. 2009). Mittlerweile sei das Projekt mit rund 20 000 Plätzen bereits wieder teurer geworden als die ursprünglich angenommenen 100 Millionen Franken, erklärt Blatter. Und nun hat sich bei ihm auch Peter Jauch gemeldet, um ein eigenes Stadionprojekt vorwärts zu treiben.

Heftige Kritik an der Stadt

Der 62-jährige Zürcher Sportmanager Jauch hatte die Fussballarenen in Basel und Bern mitgeplant. Er hat seine Ideen auch dem Stadtzürcher Finanzvorsteher Martin Vollenwyder brieflich kundgetan. Allerdings mag Jauch nicht mit der von der Stadt eingesetzten Taskforce zusammenarbeiten, weil er findet, die zuständigen Stellen hätten bei einer Serie missratener Stadionprojekte zu grossen Schaden angerichtet. Er hat das Gefühl, es fehle in Zürich an Herzblut, wenn es um neue Sportstadien gehe. Und deshalb wünscht er sich nur, dass die Stadt Land und Geld gibt, aber operativ nichts zu sagen hat bei einem Neubau. Jauch träumt von einer Arena «klein, aber fein» mit Platz für 20 000 bis 25 000 Zuschauer. Dass sich die Stadt auf seine Forderungen einlässt, ist allerdings unwahrscheinlich. Sie hat auf Jauchs Brief noch nicht reagiert. (ukä.)

Anzeige

SUPER AKTION
Swiss Training hilft Ihnen sparen
Jahresabo nur Fr. **444.-**
1. bis 31. Januar

SWISS TRAINING FITNESS · AEROBIC · SAUNA · SONNE
Im Preis inbegriffen: Fitnesstraining, Betreuung, Aerobic und Sauna
Friesstrasse 34 · ZH-Oerlikon · Tel. 044 301 23 20 · www.swiss-training.com

qualitop
geprüftes Center



Tagesanzeiger

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung



Montag
25. Januar 2010

Fr.3.00, Ausland: € 2.30 / AZ 8021 Zürich
118. Jahrgang Nr.19 – Auflage 209 297

Politkultur Psychoanalytiker Peter Schneider sieht bei der SVP und ihrer Inszenierung dadaistische Züge. 29

Didier Cuche Mit 35 ist der Doppelsieger von Kitzbühel besser denn je. 54



CSI Zürich In der Beilage gibts alles zu den schönsten Pferden und besten Reitern des Zürcher Hallenturniers.

FDP-Politiker fordert Bruch mit UBS

Der freisinnige Wirtschaftspolitiker Philipp Müller ruft seine Partei auf, sich von der Grossbank zu distanzieren. Es sei an der Zeit, dass die UBS in der Steueraffäre mit den USA endlich selber die Verantwortung übernehme.

Von **Arthur Rutishauser, Robert Mayer und David Schaffner**

Nachdem FDP-Präsident Fulvio Pelli, Bundesrat Hans-Rudolf Merz und Otto Ieichen erste kritische Worte gegen die UBS geäußert haben, wagt FDP-Wirtschaftspolitiker Philipp Müller den Tabubruch. Im TA-Interview sagt er, was die künftige Politik sein sollte: «Die Scheisse ist angerichtet. Nun müssen den Worten Taten folgen.» Als Erstes dürfe sich die Partei nicht mehr vom Verein Freunde der FDP finanzieren lassen. Der Grund: Dessen Präsident ist Peter Wuffli, langjähriger Chef der UBS.

«Die FDP muss den Bruch wagen. Wir dürfen uns nicht mehr mit Personen identifizieren, die dem Land enorm geschadet haben.» Die FDP soll auch nicht Hand bieten, den Steuerdeal mit den USA im Parlament nachträglich zu legalisieren. Müller: «Der bisherige Weg war falsch. Er hat aus dem Fall UBS einen Fall Schweiz gemacht.» Es sei an der Zeit, dass die UBS selber die Verantwortung übernehme. «Kommt die UBS zum Schluss, die Dossiers müssten übergeben werden, begeht sie einen Rechtsbruch, und die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen.»

Neue Töne gibt es auch zum Bankgeheimnis. Es soll künftig in Steuersachen auch für Schweizer nicht mehr gelten. «Ob Betrug oder Hinterziehung, letztlich läuft es auf dasselbe hinaus: Der Fiskus wird beschissen. Und das wiederum führt dazu, dass alle anderen mehr bezahlen müssen», sagt Müller. Zudem dürfe die Schweiz nicht mehr so stark von den Banken abhängig sein. «Es braucht neue Regeln, denn mit rund 2500 Milliarden Franken ist die Bilanzsumme der beiden Grossbanken noch immer fünfmal höher als das BIP der Schweiz. Auch hier müssen wir von der

FDP mithelfen, dass die Grossbanken und damit die Risiken für unsere Volkswirtschaft kleiner werden.»

Hier herrscht in der Politik immer mehr Einigkeit. SVP-Strategie Christoph Blocher sagt, nötigenfalls müsse man die UBS USA halt abtrennen. Der grüne Nationalrat Daniel Vischer meint gar: «Die Rettung der UBS in ihrer heutigen Form ergibt gar keinen Sinn mehr.»

UBS-Steueraffäre

Nachträgliches Absegnen des Staatsvertrags ist höchst umstritten. – Seite 3

Heute

Deutschland

Oskar Lafontaine tritt von der grossen Politbühne ab

Mit Oskar Lafontaine zieht sich ein Schwergewicht der deutschen Politik zurück. Nach eigener Aussage tritt der Linke-Chef nicht wegen der parteiinternen Gegner zurück, sondern der Gesundheit zuliebe. Lafontaine leidet an Prostatakrebs und musste im vergangenen November operiert werden. Der Rückzug von Lafontaine hinterlässt bei der Linken eine grosse Lücke.

– Kommentar Seite 2, Bericht Seite 9

Kommunikation

Medienprofessor Roger Blum geht in Pension

Bevor Roger Blum vor fast 20 Jahren seine Aufgabe als Medienwissenschaftler in Bern übernahm, war er Mitglied der TA-Chefredaktion. Keiner hat so häufig wie er die Entwicklung der Schweizer Medien kommentiert. Nun nimmt der 65-Jährige Abschied. Die 33-jährige Deutsche Silke Adam übernimmt Blums Professur. – Seite 5

Armee-Einsatz

Bei Bedrohung unterstützt die Armee den Zürcher Flughafen

5000 Armeeinghörige nehmen im September an der Übung «Aeroport 10» teil. Während dreieinhalb Wochen üben sie das Zusammenspiel mit den zivilen Behörden bei der Sicherung des Flughafens und seiner Anflugschneisen. Je nach Bedrohungslage soll die Armee in Zukunft als «Sicherheitsreserve» eingesetzt werden können. – Seite 19

Kommentare & Analysen

«Die Deutschen haben die Jugos» vorübergehend abgelöst.»

Dario Venutti über neue und alte Opfer der Fremdenangst. – Seite 11

In Grossbritannien wird eine Firma nach der andern verkauft. – Seite 11

Olympische Spiele in Vancouver: Die Aussichten der Schweizer Skiteams sind gut. – Seite 55

Service

Wetter	12
Leserbriefe	13
Todesanzeigen	25
Veranstaltungen	34
Rätsel	39
Fernsehprogramme	40, 41

Reklame AL4842ztg/A/A



Foto: Oliver Tjaden (Laif)

Neuer Schwung für den Welthandel. Bundespräsidentin Doris Leuthard will das WEF in Davos von dieser Woche dazu nutzen, um die ins Stocken geratene Liberalisierung des Welthandels anzukurbeln. Ist das überhaupt wünschbar? Botschafter Luzius Wasescha und Dritte-Welt-Spezialist Peter Niggli debattieren im TA-Gespräch. – Seite 6, 7

Comparis: Kein Geld für Handyvergleich

Die Mobilfunkanbieter sind verärgert. Der Tarif-Rechner der Vergleichsplattform Comparis, der den Kunden eigentlich dabei helfen sollte, das für sie günstigste Handy-Abo zu bestimmen, ist lückenhaft. Er enthält einige ihrer besten Abos oder Verkaufsargumente nicht. Schuld daran ist die Datenbank: Sie ist veraltet und müsste dringend modernisiert werden, damit auch komplizierte Abo-Varianten und neue Tarifformen erfasst werden könnten. Dafür aber fehlt das Geld. (aba) – Seite 43

Massive Kritik an Integration behinderter Kinder

Gut 3200 Kinder mit Behinderungen oder Verhaltensstörungen besuchen im Kanton Zürich Sonderschulen. Mehrere Hundert von ihnen sollen künftig in die Volksschule gehen. So sieht es das sonderpädagogische Konzept vor, das derzeit in der Vernehmlassung ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollen künftig alle Sonderschulzuweisungen vom Kanton überprüft werden. Die Gemeinden erhalten dafür mehr finanzielle Flexibilität. Das Geld, das sie sparen, wenn sie ein Kind nicht in eine Sonderschule schicken, sollen sie verwenden

dürfen, um dem Kind eine Begleitung in der Volksschule zu finanzieren.

Bei Fachleuten stösst dieses Konzept auf Skepsis. Kinder- und Jugendpsychiatern warnen, dass es etwa bei Kindern mit Verhaltensstörungen in Regelklassen eher zu Verschlechterungen komme. Kein gutes Haar am Sonderschulkonzept lässt René Albertin, Präsident der Vereinigung der Zürcher Schulheimleiter: «Integration wird viel zu dogmatisch gehandhabt.» Schon heute versuchen die Schulen auf Biegen und Brechen zu integrieren – bis man für die be-

troffenen Kinder notfallmässig einen Platz suchen müsse. Aber die Sonderschulen sind nahezu ausgebucht. Albertin ist überzeugt, dass dies eine direkte Folge der forcierten Integration ist.

Schulpsychologen stellen einen weiteren negativen Effekt fest: Immer mehr Schulklassen sind überfordert. Ein ähnliches Bild zeigt eine Umfrage der IG kindgerechte Schule unter mehr als 1000 Lehrern: Drei Viertel sind der Ansicht, dass die Integration von verhaltensschwierigen Kindern oft auf Kosten der anderen gehe. (leu) – Seite 15

Wir zeigen Ihnen den Weg ins Paradies.

FESPO.
Die grösste Messe für Ferien und Reisen
28. – 31. Januar 2010
Messe Zürich
Do/Fr 13 – 20 Uhr, Sa/So 10 – 18 Uhr
www.fespo.ch



Leserforum

Ihre Meinung interessiert:
www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Neues Eishockeystadion für Zürich Bodycheck statt Salat in Altstetten, TA vom 26. Januar

«Der ZSC gehört nicht nach Altstetten»

Hallenstadion ist durchaus geeignet. Es stimmt nicht, dass das Hallenstadion ein schlechtes Eishockey-Stadion ist. Wenn behauptet wird, es komme dort keine Stimmung auf, ist dies möglicherweise auf die Spielqualität und auf die zwinglianische Zurückhaltung der Zürcher Fans zurückzuführen. Die Infrastruktur ist für die Akteure und das Publikum sehr gut, die Restauration erstklassig. Ich war ehrenamtlicher Mitarbeiter am Victoria Cup 2009. Selbst amerikanische Eishockeyfreunde waren - trotz der Niederlage - begeistert und sagten: «What a fantastic stadium, what a great atmosphere!». In den nächsten Jahren wird es im Eishockey (und im Fussball) ohnehin nur noch Sitzplätze in den Stadien geben. Wer das nicht will, das Rauchverbot nicht akzeptiert und dem urigen Bratwurst- und Raclettestand des Dorfmetzgers allzu sehr nachtrauert, soll zu Hause bleiben. Wenn sich der ZSC seine Spieldaten im Stadion inskünftig prioritär festlegen kann, und das sollte doch mit ein bisschen gutem Willen möglich sein, ist er im Hallenstadion bestens aufgehoben. Denn auch das muss man wissen: Der ZSC ist ein Stück Oerlikon und gehört nicht nach Altstetten.

Toni Stadelmann, Leimbach

Familiengärtner sind kampfbereit. Mit dem überharten und unfairen Bodycheck auf die Gärtnerinnen und Gärtner des Familiengartenvereins Altstetten/Albisrieden hat der Stadtrat für wahr einen ungeniessbaren Salat angerichtet. Er hat offensichtlich nichts gelernt aus dem Debakel an gleicher Stätte, als vor Jahren die Planierarbeiten bereitstanden, um die Pflanzplätze zum Verschwinden zu bringen. Die geplanten Fussballtrainingsplätze für den Nobelklub mussten schliesslich in Niederhasli gebaut werden. Die Pächterinnen und Pächter werden nicht allein sein in ihrem Kampf um ihre Gärten. Ich bin überzeugt, dass Politikerinnen und Politiker aller



Vorläufig jubeln die ZSC-Spieler noch im Hallenstadion. Foto: Steffen Schmidt (Keystone)

Parteien diesen Kampf unterstützen werden. Die Familiengärten tragen viel zum sozialen Frieden und zur biologischen Vielfalt in unserer Stadt bei; zu-

«Der Stadtrat hat offensichtlich nichts gelernt aus dem Debakel an gleicher Stelle.»

viel, um sie für ein Eishockeystadion zu opfern. Es ist unbestritten, dass wir zwei Sportstadien (Duplexarena?)

für Fussball und Eishockey brauchen. Aber auf keinen Fall auf Kosten der Familiengärten. Wir werden zusammen mit den Pächterinnen und Pächtern den gewiss nicht aussichtslosen Kampf aufnehmen und zu einem guten Ende führen.

Dominique Feuillet, Zürich
Gemeinderat und Familiengärtner

Nachhaltigkeit offenbar kein Thema. Zürich schreibt sich zwar Nachhaltigkeit und Umweltschutz ganz gross auf sein Stadtfähnchen, doch bei der Landzusicherung an den ZSC für den Bau eines ehrgeizigen Stadions hat man dies ausgeklammert. Statt Land zu sparen, Synergien und eine bereits gut ausgebaute Infrastruktur zu nutzen, wie es sie in Oerlikon gibt, sollen blühende Familiengärten mit Eis zugeeckt werden. Eine Eishockeyarena

anstelle der sowieso in die Jahre gekommenen Radrennbahn wäre aus nachhaltiger Sicht viel sinnvoller. Es könnte dort die Abwärme der Kühlung für die Beheizung des Hallenbades genutzt werden. Auch Parkplätze und eine optimale Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz sind in Oerlikon schon vorhanden. Denkbar wäre auch eine Duplexlösung mit einem Fussballstadion, was ja bereits vorgeschlagen wurde. Selbst ein Projekt von dieser Grössenordnung wäre immer noch ökologischer und wirtschaftlicher als ein Einzelprojekt, wie es der ZSC realisieren möchte. Es kann nicht sein, dass eine Stadt bei normalen Bauvorhaben grössten Wert auf Nachhaltigkeit legt, bei Prestigeprojekten aber dies anscheinend völlig ausblendet.

Heike Recktenwald, Dietlikon

Was ist mit der Saalsporthalle? Es ist für mich schwer nachvollziehbar, dass die offene Rennbahn in Oerlikon nicht mehr erste Wahl für ein Eishockey-Stadionprojekt sein soll. Ich verstehe, dass der Radsport daran keine Freude hätte. Genauso wie die Familiengärten-Benutzer in Altstetten oder andere, die etwas hergeben müssten, wenn nicht auf der grünen Wiese neu geplant werden kann. Trotzdem ist anscheinend ein Ersatzbau für die Saalsporthalle, als mögliche Variante, kein Thema.

Ueli Graf, Dietlikon

Umweltverträglichkeit überprüfen. In meinem Bio-Familiengarten finden sich Gelbbauchunken, Erdkröten, Blindschleichen, Igel, Fledermäuse, Falken, Grauschmätzer, Holzbiene, Eidechsen, Libellen, diverse Meisenarten und Schmetterlinge. Diese Tiere habe ich in einem Eispalast noch nie gesehen. Benötigt ein solches Bauvorhaben eigentlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung?

Peter Raimann, Zürich-Altstetten
Pächter im Gartenareal Vulkan

Integration Sonderschulen platzen aus allen Nähten; Ziel ist Stärkung der Regelschule, TA vom 25. 1. und 28. 1.

Keine richtige Ersparnis.

Der Bund schreibt vor, dass behinderte Kinder und Jugendliche wenn möglich in der Regelschule unterrichtet werden. Viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Zürich sind bereit, solche Integration durchzuführen, sofern sie genügend Unterstützung erhalten. Mit dem Sparwahn wird ihnen diese Unterstützung versagt, deshalb entlasten sich die Regelschulen, indem sie Schülerinnen und Schüler den Sonderschulen zuweisen. Sparer denken zu kurz. Ein Sonderschüler oder eine Sonderschülerin kostet pro Jahr durchschnittlich 65 000 Franken. Damit könnte pro Sonderschulung fast eine 50-Prozent-Stelle zusätzlich in der Regelschule geschaffen werden. Der Entwurf des sonderpädagogischen Konzepts des Kantons Zürich will genau dies ermöglichen. Damit wären mehr Integrationen möglich. Könnte es sein, dass Herr Albertin als Sonderschulleiter seine Felle davonschwimmen sieht?

Gabriele Kisker, Zürich

Schulsystem überdenken.

Unsere heutige staatliche Volksschule ist von zwei sich diametral zuwiderlaufenden Entwicklungen geprägt. Auf der einen Seite: wachsender Stoffdruck, immer härterer Konkurrenzkampf um gute Noten, kontinuierlicher Abbau sozialer, musischer und handwerklicher Fächer, immer mehr Repression, strengere Regeln und «Nulltoleranz» gegenüber ungehorsamen Kindern und Jugendlichen. Auf der anderen Seite: die Idee einer «integrativen» Schule, in welcher jene Kinder, die bisher in Klein-, Spezial- oder Sonderklassen unterrichtet wurden, künftig mit allen anderen Kindern zusammen die Regelklassen besuchen sollen. Dass das nicht gut herauskommen kann, liegt auf der Hand. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Umsetzung integrativer Schulformen könnten auch als Chance gesehen werden. Als Chance, das bestehende Schulsystem kritisch zu hinterfragen und neu zu denken. Diese kritische Überprüfung würde höchst-

wahrscheinlich früher oder später zur Überwindung der Jahrgangsklassen, zur Abschaffung des Notensystems und zur Bildung von Lerngruppen mit höchstens je 15 Kindern führen - damit nicht nur die «speziellen», sondern ganz einfach sämtliche Kinder und Jugendlichen für ihr Lernen die bestmöglichen Voraussetzungen vorfinden, in einer liebevollen, wertschätzenden Umgebung, in der genügend Zeit vorhanden ist für erfolgreiches Lernen und in der Wohlbefinden und Lernen keine Gegensätze mehr sind.

Peter Sutter, Buchs SG

Gesetz schlecht umgesetzt.

Als niedergelassener Kinder- und Jugendpsychiater kann ich die unbefriedigende Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes mit der forcierten Integration nur bestätigen. Das Angebot an integrativer Förderung (IF) mit 14 Stunden pro 100 Schüler auf Primarstufe und 8,5 Stunden pro 100 Schüler auf Sekundarstufe, ohne Rücksicht auf soziale und demografische Strukturen, können die Lern- und Leistungsschwierigkeiten der bisher in Sonderklassen integrierten Schüler ungenügend abdecken. Die zunehmende Überforderung von Lehrern und Schulleitern führt zu einer «Psychiatisierung» von Lernschwierigkeiten, welche das Gesundheitswesen belasten, und drängt Schülerinnen und Schüler vermehrt aus dem Schulsystem in Sonderschulmassnahmen. Die Politik ist gefordert, bald möglichst gesetzliche Anpassungen vorzunehmen.

Renato Barco, Winterthur

Katastrophenrezept angewendet.

Es ist schon erstaunlich, wie die Herren Aellig und Lienhard die Fehlentwicklung in der Volksschule interpretieren. Tatsache ist doch, dass trotz der zusätzlichen Fach- und Hilfskräfte in den Regelschulen die sogenannte integrative Förderung nicht gelingt. Neu ist hingegen, wie plötzlich von jener Seite, die eine Integration von lern- und geistig behinderten sowie erzie-

hungsschwierigen Kindern in der Regelschule zum bildungspolitischen Programm erhoben hat, jetzt plötzlich nur noch von «Grenzfällen» spricht, wobei dann noch zu klären wäre, was die Hochschuldozenten darunter verstehen. Ihr Rezept läuft aber darauf hinaus, mit noch mehr personellem und finanziellem Aufwand die Regelschulen zu stützen, obwohl diese Massnahme zur Zersplitterung der pädagogischen Verantwortung führt und damit zusätzliche Probleme schafft. Also auch hier will man die Erfolglosigkeit einer überforcierten Integration mit dem Katastrophenrezept «Mehr desselben» (Watzlawick) angehen: Wenn ein Mittel nicht hilft oder gar das Gegenteil bewirkt, dann soll einfach noch mehr desselben verabreicht werden.

Peter Schmid, Frauenfeld

Verdeckte Sparübung.

Die integrative Förderung wird auch im heilpädagogischen Bereich zügig eingeführt. Die Schule spart gemäss Ihrem Artikel vom 25. 1. durch eine einzige abgewendete Sonderschuleinweisung Zehntausende Franken. Super, würde man meinen, das könnte die individuelle Förderung erleichtern. Nach Herrn Wendelspiess soll dies aber

«Werden die nötigen Mittel dem Pool an Vollzeiteinheiten entnommen?»

erst in einigen Jahren möglich sein. Und bis dann? Werden die Mittel wohl dem festgelegten Pool an Vollzeiteinheiten (VZE) entnommen? Das heisst in der Praxis: Integrierte therapeutische Betreuung auf Kosten anderer Fördermassnahmen und/oder (noch)

Schule Der Grundstufe droht ein klägliches Ende, TA vom 29. Januar

Kinder würden verlieren.

Das Ende der Grundstufe wäre ein grosser Rückschritt und Verlust für die gesamte Schulentwicklung. Schulentwicklung ja - aber Geldhahn zu? Individualisieren ja - aber bitte ohne Veränderung des Systems? Mit dem Grundstufenmodell bieten wir unseren Kindern nicht nur einen optimalen Start ins Schulsystem, sondern beugen vielen Folgekosten vor. Als Versuchsgemeinde mit mehrjährigem, erfolgreichem Grundstufenprojekt können wir uns einen solch einschneidenden Rückschritt nicht vorstellen - zu gross wäre der Verlust - einmal mehr auf Kosten der Kinder.

Anita Huber, Unterstammheim
Schulpflege Stammetal

Gebühren Über den Staatshaushalt zahlen, TA-Leserbrief vom 27. 1.

Radio- und TV-Gebühren in Finnland. Als meine Frau die Leserschrift von Herrn Praxmarer gelesen hatte, in der er schreibt, in Finnland zahle niemand Radio- und TV-Gebühren, rief sie umgehend ihre Eltern im finnischen Espoo an, um sich persönlich zu erkundigen. Die Antwort: Die jährlichen Gebühren für Radio und TV belaufen sich in Finnland bisher auf 224 Euro (rund 330 Franken). Die Gebühren können auch halbjährlich oder alle 3 Monate bezahlt werden. Vermutlich ist Herr Praxmarer einem Schwarzahörer, beziehungsweise einem Scharzseher in Finnland auf den Leim gekrochen.

Bernd Kuester-Velakoski, Oberglatt ZH

Schreiben Sie Ihre Meinung

Tages-Anzeiger, Redaktion Leserforum,
Postfach, 8021 Zürich
www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Tages-Anzeiger

Herausgeberin

Tamedia AG (vorm. Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG) Werdstrasse 21, 8004 Zürich.
Verleger: Pietro Supino

Redaktionsleitung

Chefredaktion: Markus Eisenhut (meh), Res Strehle (rs), (Co-Chefredaktoren). Daniela Decurtins (dan), Arthur Rutishauser (ar)
Nachrichtencheffs: Andreas Dietrich (adb), Dominique Eigenmann (de.)
Ressortleiter: Schweiz: Iwan Städler (is)
International: Luciano Ferrari (lf)
Hintergrund/Reporter: Alain Zucker (az)
Zürich: Edgar Schuler (ese)
Regionalausgaben: Markus Rohr (rm)
Kultur & Gesellschaft: Guido Kalberer (kal)
Wirtschaft: Rita Flubacher (rf)
Sport TA/SZ: Fredy Wettstein (fw)
Gestaltung: Reto Althaus (ra)

Tagesanzeiger.ch **Chefredaktion:** Peter Wälty (pwy), Michael Marti (mma), Stefan Eiselin (se)

Das Magazin **Chefredaktion:** Finn Canonica (fc), Martin Beglinger (beg., Stv.)

Produktionssteuerung: Peter Huwiler, Urs Christen (Stv.)

Telefon **Redaktion:** 044 248 44 11

Verlag

Verlagsleiter: Marcel Tappeiner. **Leiter Werbemarkt:** Sandro Rüegger. **Leiter Werbemarkt national:** Andy Bürki. **Leiter Rubriken:** Werner Duttwiler

Geschäftsstellen: Hauptgeschäft Werdstrasse 21. Filiale: Oerlikon, Edisonstrasse 5. **Deutschschweiz:** Tel. 044 248 41 11. **Insrate:** Tel. 044 248 40 30. **E-Mail:** inserate@tages-anzeiger.ch. **Inserate online buchen:** www.adbbox.ch. **Preise gem. Anzeigenpreisliste vom 01. 01. 2010**

Abonnenten-Service: Werdstr. 21, 8021 Zürich, Mo-Fr 07.30-12.15 und 13.15-17.00 Uhr; Tel. 044 404 64 64, Sa/So 08.00-12.00 Uhr; Tel. 0800 80 80 15 (gratis), Fax 044 404 69 04.

Umleitungen und Unterbrüche Fr. 7.- Bearbeitungsgebühr, kostenlos auf www.tagesanzeiger.ch/abo. Unterbrüche werden ab dem 1. Tag vergütet.

Fernaussage: Tel. 044 404 64 44, Fax 044 404 69 05.

Abonnementspreise inkl. «Das Magazin», «Zürifipp» und «TVtäglich» für je 3/6/12 Monate: Fr. 119.-/215.-/374.- (inkl. MwSt.)

Technische Herstellung: Tamedia AG Druckzentrum, Zürich. Wir drucken auf Recycling-Papier.

Ombudsmann der Tamedia AG

Arthur Liener, Postfach, 3000 Bern 13

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen i. S. v. Art. 322 StGB: 20 Minuten AG, 20 Minutes Romandie SA, Belcom AG, Berner Oberland Medien AG BOM, Buchler Grafino AG, Conrado-TV AG, Edita S.A., Espace Media AG, ESPACE MEDIA GROUP AG, Espace Media Radio AG, FMM Fachmedien Mobil AG, homegate AG, Huber & Co. Aktiengesellschaft, NP News Print AG, Radio 24 AG, Raber Information Management GmbH, Schaer Thun AG, Tagblatt der Stadt Zürich AG, tillate Schweiz AG, Verlag Finanz und Wirtschaft AG, Verlags-Gesellschaft Bauer, Züvisision AG.

«Die in dieser Zeitung publizierten Inserate dürfen von Dritten weder ganz noch teilweise kopiert, bearbeitet oder sonst wie verwertet werden. Ausgeschlossen ist insbesondere auch eine Einspeisung auf Online-Dienste, unabhängig davon, ob die Inserate zu diesem Zweck bearbeitet werden oder nicht. Der Verleger und die Inserenten untersagen ausdrücklich die Übernahme auf Online-Dienste durch Dritte. Jeder Verstoß gegen dieses Verbot wird vom Verlag rechtlich verfolgt.»